

NIEDERSCHRIFT Rat/004/2010

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 18.02.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Herr Jürgen Brunn
Frau Margarete Köhler
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Helmut Knüwer
Herr Hubert Maas
Herr Helmut Geuking

Entschuldigt fehlen:

Frau Brigitte Mollenhauer
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Hans-Jürgen Dittrich

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. **Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2013**

hier: Einbringung des Etatentwurfes durch die Bürgermeisterin in den Rat

Die Ausführungen der Bürgermeisterin Frau Dirks zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2010 sind dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Haushaltsplanentwurf 2010 nebst Anlagen wird zur Vorberatung an den HFA verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Benennung von Mitgliedern für den Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes "Obere Berkel" mit Sitz in 48727 Billerbeek**

Herr Schulze Temming und Herr Kösters erklären sich für befähigt. Sie nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

Als Mitglieder für den Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Obere Berkel“ werden Herr Bernhard Gröver, Osthellen 13, 48727 Billerbeek und Herr Antonius Hermeling, Osthellen 8, 48727 Billerbeek, benannt. Als Ersatzmitglied wird Herr Heinrich Deitert jun., Osthellen 25, 48727 Billerbeek, benannt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. **Benennung der Mitglieder des Verbandsausschusses für den Unterhaltungsverband "Münsterische Aa - Oberlauf", Altenberge**
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Als Mitglieder für den Verbandsausschuss des Unterhaltungsverbandes „Münsterische Aa – Oberlauf“, Altenberge, werden Herr Bernhard Aupert, Bombeck 40, 48727 Billerbeck, als ordentliches Mitglied und Herr Wilhelm Hidding, Bombeck 39, 48727 Billerbeck, als stellvertretendes Mitglied benannt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. **36. Änderung des Flächennutzungsplanes -Sondergebiet Photovoltaik- und 5. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern"**

hier: Ergebnisse der Beteiligungsverfahren sowie Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB

Herr Faltsmann erklärt, dass er der Errichtung eines Photovoltaikparks im Industriegebiet Hamern nicht zustimmen werde, weil der hiermit verbundene Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen nicht zu verantworten sei.

Herr Becks weist darauf hin, dass sich die überplante Fläche für die geplante Nutzung anbiete, da sie landwirtschaftlich nur eingeschränkt genutzt werden könnte und wenn so eine ökologische Verbesserung der Berkel erreicht werde, sei das nur zu befürworten.

Herr Schlieker ist der Meinung, dass Photovoltaikanlagen grundsätzlich auf Dächer gehörten und nicht auf Wiesen. In diesem Fall würde er aber zustimmen.

Frau Dirks bestätigt, dass dem Flächenverbrauch grundsätzlich entgegen gewirkt werden müsse, weil es sich aber um eine Fläche handele, die ohnehin gewerblich überplant war, habe die Verwaltung das Vorhaben positiv gesehen.

Beschluss:

1. Der Anregung der Unteren Landschaftsbehörde wird im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages gefolgt.
2. Den Hinweisen vom Landesbetrieb Straßenbau NRW und der RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice GmbH wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gefolgt.
3. Den Bedenken der Fa. Suwelack wird dadurch begegnet, dass die Begründung entsprechend den Ausführungen in der Niederschrift über die Bezirksausschusssitzung ergänzt wird. Zusätzlich wird eine diesbezügliche Ergänzung in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen.
4. Es wird beschlossen, die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck und die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ durchzuführen und den Aufstellungsbeschluss

nach § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) ortsüblich bekannt zu machen. Der Änderungsbereich liegt im Westen des Stadtgebietes der Stadt Billerbeck in der Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 40, und wird umgrenzt:

- im Norden durch die südliche Grenze des Flurstückes 9
(Wirtschaftsweg parallel zur Bahnlinie)
 - im Westen durch die östliche Grenze des Flurstückes 52 (Kohkampsweg)
 - im Süden durch die nördliche Grenze des Flurstückes 56
 - im Osten durch die östlichen Grenzen der Flurstücke 131, 99, 130
-
- (Teilstück zwischen den Flurstücken
- 99 und 116) und 116
-
- sowie der nördlichen Grenze des Flurstücks 117 (Teilstück
-
- zwischen den Flurstücken 116 und 23)
- sowie der östlichen
-
- Grenze des Flurstücks 23
-
- im Nordosten durch die südliche und südwestliche Grenze des Flurstückes 13
-
- (Mersmannsbach und Graben)

5. Der Entwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes und der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ mit den Entwürfen der Begründungen mit Umweltbericht werden für die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt.
6. Der Entwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Entwurf zur 5. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ und die Begründungen mit Umweltbericht sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB.

Stimmabgabe: 23 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

6. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Biogasanlage Beerlage"

hier: Errichtung einer weiteren Siloplatte

Herr Schlieker erklärt sich für befangen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Stimmabgabe: 22 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**7. Antrag der SPD-Fraktion vom 26. Januar 2010
hier: Aufnahme der Konzertreihe "Rock die Perle" in das städt. Kulturprogramm**

Frau Köhler verweist auf die Begründung im Fraktionsantrag.

Frau Rawe unterstützt den Antrag, wobei man sehen müsse, ob die Konzertreihe in das städt. Kulturprogramm übernommen oder besser als eigenständige Maßnahme gefördert werden sollte.

Herr Fehmer befürwortet ebenfalls den Antrag, Einzelheiten sollten im Ausschuss besprochen werden.

Nachdem auch Herr Knüwer seine Zustimmung kundtut, fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird an den Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

**8. Antrag der FDP-Fraktion vom 02. Februar 2010
hier: Erstellung eines touristischen Informations- und Leitsystems für die Leader-Region Baumberge**

Herr Knüwer begründet den Fraktionsantrag. Ergänzend verweist er auf das Beispiel Oberlausitz, wo ebenfalls im Rahmen des Leader-Projektes ein solches Vorhaben umgesetzt wurde.

Herrn Becks geht der Antrag zu weit. Die Maßnahmen kosteten auch Geld. Außerdem seien touristische Dinge bereits ausgedacht und es gebe die Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG), die sich um solche Sachen kümmere. Er schläge vor, dass Herr Schmiedel im Fachausschuss erläutere, wie die TAG arbeite, welche Projekte es gebe und was bereits gemeinsam voran gebracht wurde.

Herr Fehmer ist erstaunt über den Antrag. Nach seiner Meinung handele es sich um einen Ansatz, der als Leader-Projekt durchgeführt wird. Deshalb sehe er nicht die Notwendigkeit, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen, vielmehr sollte er an die Leader-Arbeitsgruppe verwiesen werden.

Herr Dübbelde merkt an, dass er in der Lokalen Arbeitsgruppe (LAG) der Leader-Region Baumberge vertreten sei und nach seinem Kenntnisstand bereits ein touristisches Informations- und Leitsystem angedacht sei.

Herr Knüwer wirft ein, dass er eine Verweisung des Antrages an den Fachausschuss gar nicht beabsichtigt habe. Es sollte lediglich eruiert werden, was möglich ist.

Herr Schlieker hält den von Herrn Becks vorgeschlagenen Vortrag des Herrn Schmiedel für sinnvoll.

Herr Brunn regt an, dass Herr Schmiedel nicht nur die regionalen Aktivitäten, sondern auch die Gesamtzusammenhänge darstellen sollte.

Frau Dirks fasst zusammen, dass also der Fraktionsantrag der FDP-Fraktion an die Leader-Arbeitsgruppe weitergeleitet und Herr Schmiedel in einer der nächsten HFA-Sitzungen grundsätzlich über die Aktivitäten der Touristischen Arbeitsgemeinschaft Baumberge und Münsterland e. V. berichten wird.

**9. Anregung gem. § 24 GO NW der Partei SG-NRW
hier: Überarbeitung des Bebauungsplanes "Ferienpark Gut Holtmann"**

Herr Geuking begründet die Anregung und betont, dass es ihm darum gehe, Schaden von der Stadt Billerbeck abzuwenden. Bewohner des Ferienparks wollten die Situation so nicht hinnehmen. In Kürze laufe die Widerspruchsfrist gegen den Bebauungsplan ab. Die Bewohner stützten sich auf ein rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichtes Minden, in dem der gleiche Fall behandelt werde. Nach seiner Rechtsauffassung könne die Stadt aufgrund dieses Urteiles in die Pflicht genommen werden. Herr Geuking weist darauf hin, dass Ratsmitglieder bei wesentlichen Fehlentscheidungen regresspflichtig sind und er deshalb in der Niederschrift festgehalten wissen wolle, dass er für die Überarbeitung des Bebauungsplanes sei.

Herr Tauber fordert die Verwaltung auf, ihre Meinung zu dem Thema darzulegen.

Herr Mollenhauer erklärt, dass er sich mit dem Urteil noch nicht beschäftigt habe. Bei den Beratungen im Zuge des Verfahrens zur Bebauungsplanänderung habe man sich aber intensiv mit der Thematik beschäftigt. Nach reiflicher Abwägung sei schließlich der Bebauungsplan mit der Festsetzung Holz und Kohle als Brennstoffe auszuschließen, beschlossen worden.

Herr Geuking weist darauf hin, dass nach der Landesbauordnung Kamine genehmigungsfrei und die Bezirksschornsteinfegermeister für die Überwachung zuständig seien. Außerdem gebe es in Billerbeck viele Hanglagen wie im Ferienpark. Die Verwaltung sollte sich das Urteil ansehen. Die Bewohner seien fest entschlossen zu klagen. Er wolle nicht in die Haftung genommen werden.

Herr Mollenhauer macht noch einmal deutlich, dass man sich intensiv mit dem Thema beschäftigt habe und er davon ausgehe, eine rechtsgültige Festsetzung getroffen zu haben. Die Festsetzung könne auch nicht einfach gestrichen werden, hierfür wäre ein Bebauungsplanänderungsver-

fahren erforderlich.

Herr Fehmer schließt sich der Verwaltungsmeinung an. Der Rat habe nach umfangreicher Beratung unter Abwägung aller Belange den Beschluss gefasst, Holz und Kohle als Brennstoffe auszuschließen. Im Übrigen beleuchte ein Urteil immer nur einen Einzelfall und könne nicht 1 : 1 auf einen anderen Fall übertragen werden. Der Bebauungsplan sei vor gerade einmal 9 Monaten beschlossen worden, er wolle die Diskussion nicht noch einmal aufleben lassen.

Herr Knüwer ist ebenfalls dieser Meinung. Wenn überhaupt, müsse der Fachausschuss über eine Bebauungsplanänderung entscheiden.

Er hätte erwartet, so Herr Schlieker, dass die Verwaltung heute für rechtliche Klarheit gesorgt und die Fraktionen rechtzeitig hierüber informiert hätte.

Wenn man Anhaltspunkte vorgelegt bekomme, so Herr Geuking, sollten diese zumindest überprüft werden, immerhin gehe es um Steuergelder. Er sehe jedes Ratsmitglied in der Haftung und appelliere an die Ratsmitglieder, die Anregung an den Ausschuss zu verweisen.

Herr Tauber pflichtet Herrn Schlieker bei. Die Verwaltung hätte eine rechtssichere Auskunft über das Urteil einholen können. Jetzt befinde man sich in der Schwebe und es bleibe nichts anderes übrig, als die Anregung an den Ausschuss zu verweisen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Verwaltung keine rechtssichere Aussage treffen könne. Das Urteil müsste von einem Juristen geprüft werden. Sie schlage vor, das Ergebnis der Überprüfung in der nächsten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung zu behandeln. Diesem Vorschlag schließen sich die Ratsmitglieder mehrheitlich an.

Auf Wunsch von Herrn Kleideiter wird das Urteil des Verwaltungsgerichtes Minden dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

**10. Anregung gem. § 24 GO NW der Partei SG-NRW
hier: Ansiedlung eines Netto Marktes Ecke Holthäuser Straße/Sandweg**

Herr Geuking begründet die Anregung.

Frau Dirks weist der Vollständigkeit halber darauf hin, dass es trotz vieler Gespräche und großen Entgegenkommens seitens der Verwaltung nicht gelungen sei, den Plus-Markt bzw. den Nachfolger Netto in Billerbeck zu halten.

Herr Fehmer führt aus, dass die Ansiedlung eines Discounters an dem besagten Standort eine erhebliche Schwächung der Innenstadt zur Folge hätte und er die Anregung deshalb ablehne. Anderen Nutzungen dieses

Grundstückes seien in vielfältiger Weise die Wege geebnet worden, warum es letztlich zu keinem Abschluss gekommen sei, wisse er nicht.

Herr Schlieker lehnt die Anregung ab. Sicherlich sei das heutige Erscheinungsbild des Grundstücks nicht unbedingt schön. Der Behauptung, dass durch die Ansiedlung eines Netto-Marktes eine Stärkung der Innenstadt eintrete, könne er nicht folgen. Vielmehr würde doch eine Schwächung des Edeka-Marktes eintreten. Das wäre für die Innenstadt katastrophal und müsse mit allen Mitteln verhindert werden.

Herr Maas weist darauf hin, dass der Netto-Markt es abgelehnt habe, sich in der Innenstadt zu positionieren. Nach seiner Meinung seien in Billerbeck ausreichend Lebensmittel-Märkte vorhanden. Eine weitere Konkurrenz-Situation aufzutun, sei nicht förderlich. Die FDP-Fraktion werde der Anregung nicht zustimmen.

Herr Geuking gibt zu bedenken, dass Netto zur Edeka-Handelsgruppe gehöre und doch kein Interesse daran habe, sich selbst zu schaden. Eine Entflechtung des Dicounterangebotes biete Chancen für die Innenstadt.

Herr Tauber stimmt lediglich dem ersten Satz der Anregung des Herrn Geuking zu, dass nämlich Ansiedlungen von Discountern an der Peripherie grundsätzlich kritisch zu sehen seien. Die von Herrn Geuking weiter angesprochene Entflechtung würde aber nur eintreten, wenn einer der vorhandenen Discounter umsiedeln würde. Ansonsten habe die Anregung nichts Neues. Mit dem Beitritt zum Netzwerk Innenstadt befinde man sich auf einem guten Weg. Im Übrigen frage er sich, wie die Partei SG-NRW einen Discounter unterstützen könne, der die Beschäftigten „in Anlehnung an die Tarifverträge“ bezahle. Er lehne die Anregung ab.

Herr Dübbelde stellt fest, dass alle Fraktionen ihre Meinung kundgetan haben und der gleichen Meinung seien. Er stelle deshalb den Antrag, die Anregung der SG-NRW abzulehnen.

Beschluss:

Der Anregung der Partei SG-NRW vom 04.02.2010 wird gefolgt.

Stimmabgabe: 23 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme.

11. Mitteilungen

11.1. Einladung zum Dialog mit Minister Laumann - Frau Dirks

Frau Dirks weist darauf hin, dass Minister Karl-Josef Laumann zu einem Dialog zum Thema „Aktionsprogramm der Landesregierung zur Stärkung der hausärztlichen Versorgung in Nordrhein-Westfalen“ am 3. März 2010, 16:00 – 18:00 Uhr, Geschwister-Eichenwald-Realschule einlade.

11.2. Informationsveranstaltung Regionale 2010 - Frau Dirks

Frau Dirks verweist auf die allen vorliegende Einladung zur Informations- und Diskussionsveranstaltung am 24. Februar 2010, 20:00 Uhr im Veranstaltungsraum der Handwerks Bildungsstätten in Coesfeld und bittet die Fraktionen um Anmeldungen.

11.3. Anlegung einer Querungshilfe im Bereich der LAWI - Herr Messing

Herr Messing verweist auf die Beratung über die Anlegung einer Querungshilfe im Bereich der LAWI. Die Querungshilfe sei abgelehnt worden, gleichzeitig sei aber die Frage nach der Anlegung eines Zebrastreifens aufgeworfen worden. Entsprechend dieser Anfrage seien Stellungnahmen der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und des Straßenbaulastträgers eingeholt worden. Alle v. g. Behörden verträten die Auffassung, dass ein Zebrastreifen wegen der nahe gelegenen Fußgängerampel, fehlenden Verkehrsstärken bei den Fußgängern und ausreichender Zeitlücken bei den vorhandenen Fahrzeugbewegungen entbehrlich sei.

11.4. Stellenbesetzung Streetworker - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die Stelle des Streetworkers zum 1. April 2010 wieder besetzt werde. Näheres zur Person werde er in nichtöffentlicher Sitzung mitteilen.

11.5. Neuer Sitzungskalender - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass er zurzeit den bis zu den Herbstferien geltenden Sitzungskalender vorbereite. Viele Termine müssten noch abgestimmt werden, wobei die Termine der Ratssitzungen am 20.05.10, 13.07.10 und 05.10.10 bereits feststünden und notiert werden sollten.

12. Anfragen**12.1. Aufstellen von Hinweisschilder an der L 506 - Frau Rawe**

Frau Rawe weist auf den katastrophalen Zustand der L 506 auf der Beerlage hin und fragt kritisch nach, warum im Bereich der Gefahrenstellen keine Hinweisschilder aufgestellt würden.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der zuständige Landesbetrieb bereits mehrmals auf die Gefahrenstellen – auch schriftlich – hingewiesen worden sei. Mehr könne man nicht tun. Die Stadt dürfe keine Schilder auf-

stellen. Voraussichtlich im April solle die Straße instandgesetzt werden.

12.2. Verwendung von Streugut - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter erkundigt sich, ob in Billerbeck umweltfreundliches Salz verwendet werde und falls nicht, welche Auswirkungen das auf die Kläranlage habe.

Herr Mollenhauer kann zu den Auswirkungen auf die Kläranlage keine Auskunft geben. In Billerbeck werde abhängig vom Wetter sowohl mit Salz als auch mit Splitt gestreut. Die Verwendung von Splitt sei aber stark eingeschränkt, so dass überwiegend auf Salz zurückgegriffen werde.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Kleideiter teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Dosierungen vorgegeben seien.

12.3. Sanierung der L 506 - Herr Schlieker

Herr Schlieker erkundigt sich, welche Bereiche der L 506 mit den zur Verfügung gestellten 200.000,- € saniert werden sollen. Verwaltungsseitig sei in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses auf eine Nachfrage von Herrn Schulze Temming mitgeteilt worden, dass die Strecke stadtauswärts bis Thumann zuerst in Angriff genommen werden solle, nach seiner Meinung sei jedoch der Bereich hinter Thumann viel dringender. Er bitte die Verwaltung, darauf hinzuwirken, dass der Landesbetrieb zuerst diesen Bereich instand setzt.

Herr Mollenhauer geht davon aus, dass der Landesbetrieb nach dem Ende der Frostperiode festlegen wird, welche Bereiche saniert werden. Frau Dirks ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb sehr gut funktioniere, die Behörde aber die Straßensanierungen nicht mit der Stadt diskutiere.

12.4. Lautsprecher am Bahnhof - Herr Brunn

Herr Brunn weist darauf hin, dass es im Außenbereich des Bahnhofes wohl nur einen Lautsprecher gebe und im Bahnhofsgebäude kein Lautsprecher vorhanden sei. So bekämen viele Bahnfahrer wichtige Durchsagen nicht mit.

Frau Dirks sagt zu, das Thema mit der Bahn anzusprechen.

12.5. Anlegung des Radweges in Richtung Darfeld - Herr Becks

Herr Becks stellt voran, dass die SPD-Fraktion nichts gegen die Anlegung des Radweges habe. Da es sich aber um eine umfangreiche Baumaß-

nahme, noch dazu in einem Landschaftsschutzgebiet handele, hätte er im Voraus eine Information des Ausschusses durch die Verwaltung erwartet. Für ihn stellten sich einige Fragen, so z. B., ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt und der Beirat der Unteren Landschaftsbehörde beteiligt wurde.

Frau Dirks teilt mit, dass in Abstimmung mit der Oberen Landschafts-schutzbehörde keine umfassende UVP, sondern eine Einzelfallprüfung durchgeführt wurde.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass es Sache des Landesbetriebes sei, den Beirat zu beteiligen. Er werde nachfragen, ob dieser beteiligt wurde.

Herr Becks macht noch einmal deutlich, dass er von der Verwaltung detaillierte Auskünfte erwarte.

Frau Dirks entgegnet, dass die Stadt nicht Maßnahmenträger sei und sie deshalb nicht im Detail informiert sei. Nach mehreren Anrufen am Wochenende hätten sie und Herr Mollenhauer aber nachgefragt. Danach seien die Untere und Obere Landschaftsbehörde beteiligt worden. Sie gibt zu bedenken, dass von hier immer der Bau des Radweges gefordert wurde.

Herr Becks moniert des Weiteren, dass die Information darüber, dass keine UVP durchgeführt wird, im Internet nur schwer zu finden sei. Außerdem weist er auf eine Diskrepanz bzgl. des Umfangs der Ausgleichsmaßnahmen hin.

Frau Dirks sagt zu beim Landesbetrieb nachzufragen.

Herr Becks bekräftigt noch einmal, dass er mehr Transparenz fordere. Immerhin würden 200 Bäume gefällt. Zumindest hätte der Ausschuss informiert werden müssen.

Frau Dirks erwidert, dass im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss immer wieder über die geplante Radwegmaßnahme informiert worden sei. Jetzt könne man froh sein, dass der Radweg in der Prioritätenliste nach vorne gerutscht und sei und verwirklicht werde. Außerdem handele es sich nicht nur um eine Radweg-, sondern auch um eine Straßenbaumaßnahme. Dass hierfür Bäume gefällt werden müssen, sei allen klar gewesen. Die hier geforderten Detailinformationen seien auch in den Behördengesprächen nicht erwähnt worden, weil die Stadt nicht Maßnahmenträger sei.

12.6. Einschränkung von Osterfeuern - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter wirft kritisch die Frage auf, wie viele Osterfeuer das Klima vertragen. In vielen Gemeinden würden Einschränkungen diskutiert. Er fragt nach, ob sich die Verwaltung ebenfalls Gedanken gemacht habe.

Frau Dirks erinnert daran, dass verwaltungsseitig der Erlass einer entsprechenden Verordnung vorgeschlagen, aber vom HFA abgelehnt wurde.

12.7. Netzwerk Innenstadt - Herr Maas

Auf Nachfrage von Herrn Maas teilt Frau Dirks mit, dass sie an der morgigen Veranstaltung mit Herrn Imorde vom Netzwerk Innenstadt teilnehme. Über das Ergebnis werde sie hier berichten.

12.8. Ausbringen von Gülle - Frau Köhler

Frau Köhler erkundigt sich, ob es Richtlinien für das Ausbringen von Gülle gebe. Sie habe gehört, dass sich Bürger beschwert hätten.

Herr Messing erläutert, dass grundsätzlich ab dem 15. Januar Gülle ausgebracht werden dürfe, auch bei leichtem Frost und einer leichten Schneedecke. Bei einer 10 cm hohen Schneedecke und stark gefrorenem Boden sei das Ausbringen dagegen nicht zulässig, da die Gülle dann nicht in den Boden eindringen könne, sondern abfließe. Die bei der Verwaltung eingegangenen Beschwerden seien an die hierfür zuständige Kreisbehörde weiter geleitet worden. Das Ausbringen der Gülle sei aber in diesen Fällen zulässig gewesen.

12.9. Neue Anträge zur Errichtung von Hähnchenmastställen - Frau Köhler

Frau Köhler erkundigt sich, ob in der Zwischenzeit weitere Anträge für die Errichtung von Hähnchenmastställen eingegangen seien und ob der Verwaltung bekannt sei, dass ein Hähnchenmaststall wieder leer stehen soll. Herr Mollenhauer teilt mit, dass ihm keine neuen Anträge bekannt seien und er auch von einem leer stehenden Stall nichts wisse.

13. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr **Bruno Nagel** schildert seinen Unmut über ein gegen ihn verhängtes „Knöllchen“ in Höhe von 15,- € Um den Sachverhalt zu klären, habe er mehrere Male versucht, die Bürgermeisterin zu sprechen, habe sie aber nie angetroffen. Außerdem sei sein Widerspruch gegen das „Knöllchen“ in der Verwaltung verloren gegangen. Er fragt nach, was die Bürgermeisterin so mache und wo der Widerspruch geblieben sei.

Frau Dirks weist darauf hin, dass sie viele Termine wahr zu nehmen habe. Sie biete aber regelmäßig eine Sprechstunde an, in der man sie sprechen könne.

Bzgl. des Verbleibs des Widerspruches sagt sie Überprüfung zu.

Herr **Siegfried Hirtz** weist auf einen umgefahrenen Baum an der K 13 Richtung Aulendorf hin. Dieser sei nicht so stark beschädigt, dass er entsorgt werden müsste. Er bittet darum, den Baum bei offenem Wetter zu richten, damit er wieder anwachsen könne. Verwaltungsseitig wird dies zugesagt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin